

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser
General Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grotzenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1880
Strotzler
Rieser Nr. 22

Nr. 122.

Mittwoch, 29. Mai 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Rest des Quartals von Probationsbestimmungen, Gebühren der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Abgaben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Schreiben an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Bezugspreis für Einzelblätter halber erhöht, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe von Briefmarken oder durch Zahlung in Kontant gedeckt ist. Zahlungs- und Bestimmungsort: Rieser. Abgabe durch den Postboten an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Bestimmungsorten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Wann endlich Schluss in Paris?

Man findet eigentlich kaum noch Worte für das klägliche Scheitern, das nunmehr schon seit endlosen Wochen der staunenden Welt unter dem Titel „Pariser Reparationskonferenz“ dargeboten wird. Es ist doch fast nicht mehr zu zählen, wie oft schon geheißen hat, die Konferenz werde jetzt kurz vor dem Abschluss. Und immer aufs Neue mußte die Delegation nach anfänglichem Hoffen eine Enttäuschung erleben. So ging es auch in diesen Tagen wieder, als es sich um ein neuer Stimmungsänderung im Sinne einer raschen Lösung einsetzte, und man könne binnen kürzester Frist mit einer Verständigung in der Zahlfrage rechnen. Nun hört man wieder einmal, daß sämtliche diesbezüglichen Versuche gescheitert sind, obwohl es die deutsche Delegation an dem erforderlichen Entgegenkommen nicht fehlen ließ. So hatte sie sich z. B. auf dringliches Verlangen der Franzosen bereit erklärt, den Termin des Inkrafttretens des vorgesehenen Zahlungsplanes vom 1. April auf den 1. September hinauszuschieben und während dieser Zeit auf Verrechnung der Differenz von alter und neuer Annuität zu verzichten. Die Sachverständigen der Gläubigermächte erblickten aber darin kein ausreichendes Zugeständnis, wodurch wiederum eine gänzlich neue Situation geschaffen worden ist. Man ist zum vier Male am toten Punkt angelangt und kann weder vorwärts noch rückwärts, so daß man wahrlich die Geduld derer bewundern muß, die an dieser „Konferenz“ beteiligt sind. Wie lange soll dieses Spiel noch dauern? Oder wäre es unter den gegebenen Umständen vielleicht nicht doch klüger, die Verhandlungen auf den Herbst zu verlagern, um allen Beteiligten genügend Zeit zu lassen, sich noch einmal in Ruhe mit dem ganzen Problem zu beschäftigen? Wir fürchten eben, daß, wenn es jetzt zu einem sogenannten Kompromiß kommen sollte, nachträglich doch noch Revisionen vorgenommen werden müßten, weil im Eifer des Gefechts immer die Gefahr einer überhasteten und deshalb auch höchst unvollkommenen Arbeit besteht. Dafür spricht auch die Tatsache, daß es gegenwärtig vielfach um die kleinsten Interessen einzelner Gläubigerstaaten, und nicht einmal der größten geht, wobei begreiflicherweise die großen Gesichtspunkte untergeordnet zu sein haben. Gewiß könnte man auch der Meinung sein, daß die Delegierten reichlich genug Zeit gehabt hätten, sich endlich auch über die Details zu einigen. Aber wir sehen ja, daß zwar fortgesetzt weiter verhandelt wird, doch scheint keine Seite den Mut zu haben, ein Ende zu finden. Schon mit Rücksicht auf die Ankunft Juni in Madrid zusammenzutretende 50. Völkerbundskonferenz wäre zu wünschen gewesen, daß in Paris Klarheit über die Sache hätte. Unsererseits glauben wir jedenfalls, daß es der Atmosphäre in Madrid nicht zuträglich wäre, wenn man auch dann in Paris noch weiter „handeln“ würde.

Keine Veränderung der Lage bei den Reparationsverhandlungen.

Paris. Der gestrige Tag hat keine Veränderung der Lage bei den Reparationsverhandlungen gebracht. Seit vorgestern bemüht man sich, eine neue Grundlage für die Zahlfrage zu finden. Die Sekretäre der Gläubigerdelegationen haben den Vorschlag, diese schwierige Aufgabe durchzuführen; wie verlautet, sind sie bis jetzt zu einem greifbaren praktischen Ergebnis noch nicht gekommen. Die Arbeitspause, die sich eingestellt hat, hat Dr. Schacht bemerkt, um sich für einige Tage auf das Land zu begeben.

Reiseabsichten Owen T. Youngs.

Paris. Der Temps will wissen, daß Owen Young angekündigt habe, er beabsichtige, Paris in aller nächster Zeit zu verlassen, um nach nahezu viermonatiger Abwesenheit wieder nach Amerika zurückzukehren.

Echo de Paris gegen Owen Young.

Paris. Echo de Paris ist unzufrieden mit dem Vorkommen der Reparationskonferenz Owen Youngs, denn es ist der schärfsten Weise anzureißen. Das Blatt schreibt, Owen Young wage nicht, die Gläubiger zu neuen Opfern zu veranlassen. Vertrete er doch ein Land, das mit Bedauern und mit Mühe auf vier Millionen jährlich verzichtet habe, nachdem alle seine Vertreter dafür eingetreten seien, es möge sich edelmütig zeigen. Aber Owen Young mandatierte, nachdem er den Gläubigern erklärt habe, daß er ein Programm bilde, unter der Hand, so gut es geht, um den Inhalt dieses Programms zu vereiteln. Owen Young sei in diesem Falle kein desinteressierter Schlichter. Als vor 4 Jahren die Deutschen zum ersten Male wegen der Forderung von Anleihen in New York vorstießen, sei Owen Young darüber befragt worden, ob die Rückzahlung dieser Anleihen nicht durch die angebliche Priorität, die den Reparationszahlungen eingeräumt sei, behindert werde. Young habe diese Priorität in Abrede gestellt und die Bankiers ermutigt, deutsche Anleihepapiere an ihre Rückzahlung abzugeben. Young, der für die amerikanischen Anleihen zugunsten Deutschlands eingetreten sei, sei also moralisch gezwungen, die Reparationsverträge unter einem ganz besonderen Gesichtswinkel anzusehen.

Der sozialistische Parteitag und das Wehrproblem.

Magdeburg, 28. Mai. In der Nachmittags-Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages sprach der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann als Berichterstatter über das Wehrprogramm. Er gab eine kurze Darstellung der Einstellung der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission zur Feststellung eines Wehrprogramms und betonte, daß das Programm eine Fortsetzung der bisherigen Haltung darstelle. Er verwahrte sich gegen die Behauptung, daß der Parteivorstand die Frage jetzt unbedingt zur Klärung und Entscheidung bringen wolle. Der Parteivorstand lasse dem Parteitag völlig freie Hand. Die Kommission empfehle Annahme des Entwurfs in der bekannten abgeänderten Form und Ablehnung aller dazu gestellten Anträge. Dittmann sprach dann über die allgemeine Stellung der Partei zur Wehrfrage. Anfanglich sei die Partei mit dem Völkerrückgang konfrontiert gewesen. Dann sei das Schlagwort aufgefunden worden. Dieses System feinen Mann und feinen Großen. Besonders habe Bebel den preussischen Militarismus, sein Kaiserreich und seinen Stabsvereherrlichung heftig bekämpft. Auch im kapitalistischen System der Vorkriegszeit, so betonte der Redner gegenüber anderslautenden Behauptungen, wäre die Partei bereit gewesen, Mittel zu bewilligen, wenn eine Änderung des Wehrsystems eingeleitet worden wäre. Dittmann erwähnte dann auf die Erläuterungen zum Entwurf des Programms, das Gemeinut aller Sozialdemokraten gewesen sei. Im Krieg sei die Spaltung gekommen. Heute nun bestimme der vom Parteivorstand eingesetzte Reichstagsabgeordnete die Wehrfrage. Der preussische Militarismus habe sich selbst umgewandelt. Die Lösung komme durch die Förderung des Sozialismus, dies müsse auf demokratischem Wege geschehen. Gewalt, so erklärte der Redner u. a., werden wir nur anwenden, wenn Gewalt hemmend auf die Demokratie einwirkt. Eine solche Möglichkeit sehen wir in Rechnung und stellen uns darauf ein. Die Gründung des Reichsbanners ist ein Beweis dafür. Wir Sozialdemokraten lehnen das Rezept der Kommunisten der Zerstückelung des Reiches ab. Inner dem Begriff des Wehrwesens geht es auch das Heer und die Polizei. Die Sozialdemokratie betrachte die bestehenden Einrichtungen vom Standpunkt des kommenden Reiches aus. Warum solle die Handlung, die sich bei der Justiz vollziehe, beim Heere unmöglich sein? Die Entwicklung der Wehrtechnik habe eine Veränderung der Wehrverfassung der Soldaten herbeigeführt. Der Wehrbrauch der Soldaten gegen das eigene Volk sei erwidert. Die Partei würde sich wehren, wenn sie einen künstlichen Gegensatz zu dem Heere schaffen würde.

Während des Referats über das Wehrprogramm ging ein von Leoi, Rosenfeld und Sendewitz, sowie von weiteren 50 Delegierten unterzeichnete neuer Programmentwurf ein, in dem es u. a. heißt, daß die Partei im kapitalistischen Staat die Landesverteidigung ablehnen müßte. Weiter heißt es: Wird ein Land, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, in der Übergangszeit zur klassenlosen Gesellschaft von anderen, noch von der Bourgeoisie beherrschten Staaten angegriffen, so ist das Proletariat verpflichtet, seine Klasseninteressen gegen alle Angriffe mit allen Mitteln zu verteidigen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Aussprache durch den Abg. Leoi eröffnet, der den Antrag der Opposition begründet. Gäßler-Karlruhe erklärt, jeder Krieg würde heute ein Krieg für die kapitalistische Klasse sein und sich im Kern gegen das Proletariat richten. Der Redner wendet sich gegen programmatische Festlegungen, weil darüber doch nie eine Einigkeit erzielt werde. „Diesem System keinen Mann und keinen Großen“. Müller-Berlin erklärt als Mitglied der Minorität der Wehrkommission den verbesserten Antrag der Kommission für unannehmbar. Dr. Behers-Wildt wendet sich gegen die Ausführungen Leois. Der Optimismus nicht hat, Frieden in die Menschheit zu bringen, der muß sich vorbereiten auf den Krieg. Aber wir sagen, der Krieg muß nicht sein. Ist an der Spannung, die zwischen Arbeiterklasse und Wehrmacht besteht, die Wehrmacht allein schuld?

Damit wird die Debatte abgebrochen. Heute dauert die Sitzung bis 2 Uhr, da der Nachmittag Sitzungsfrei bleiben soll.

Rede des Reichskanzlers auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

Magdeburg. Mit lebhaftem Beifall empfangen, nahm gestern Reichskanzler Müller das Wort, der u. a. ausführte: Das Maß von Kritik, das hier geübt worden ist, würde ich dann verzeihen, wenn man gezwungen gewesen wäre, festzustellen, daß die Partei während des Jahres Regierungstätigkeit Mitglieder verloren hat. Ich hoffe, daß der Magdeburger Parteitag sich den realen Sinn für das in der gegenwärtigen Gesellschaft Mögliche erhält. Eckstein hat gesagt, wir sind nicht für den Staat, sondern nur für die Arbeiterklasse verantwortlich. Das schlägt allem ins Gesicht, was wir seit zehn Jahren getan haben und was unsere großen Vorkämpfer gewünscht haben. Wir sind viel zu gute Sozialisten, so fuhr der Kanzler fort, um

Freude an der Koalitionspolitik zu haben. Sie ist aber eine politische Notwendigkeit. Man darf auch nicht vergessen, wie schwer es war, überhaupt zu einer Mehrheit für die Regierung zu kommen. Das ist so viel erreicht werden konnte wie bei einer festgebundenen Regierung, ist klar, daß nichts erreicht worden ist, ist aber falsch. Es wird immer so dargestellt, als ob wir nur angingen, und die anderen ihre Ziele erreichten. Ich wünsche den Rednern von gestern, daß sie einmal Mäandern spielen könnten, wenn der Wirtschaftsausschuss der Deutschen Volkspartei sich mit Herrn Curtius unterhält.

Es wird weiter gesagt, das Zentrum werde seine Wünsche beim Konfordat durchsetzen. Wenn das Zentrum seinen Willen beim Konfordat durchsetzen würde, dann würde das preussische Konfordat so aussehen, wie das bayrische. Tatsächlich wird es aber nicht so aussehen. Das ist ein Beweis dafür, daß die kluge Zentrumspolitik sehr wohl weiß, was man in einer Koalitionsregierung erreichen kann. Wir ist es niemals eingefallen, zu sagen, daß der Panzerkreuzer nicht gebaut werde. Wir haben gesagt, daß wir den Bau des Panzerkreuzers bekämpfen. Wir ist auch nie eingefallen, zu sagen, daß der Reichstag die Austerpeisung wieder einführen wird. Wir wüßten ja noch gar nicht, wie sich der neue Reichstag zusammensetzen würde. Wir ist auch niemals eingefallen, wenn ich von unserem Antrag auf Reduzierung des Wehrbaus gesprochen habe, zu behaupten, daß wir in einer Koalitionsregierung diese Forderung durchsetzen würden. Im übrigen ist es zum ersten Male gelungen, überhaupt die Wehrbauherabsichtungen. Im Wahlkampf haben wir selbstverständlich Ziele aufgestellt, die wir als Sozialisten wünschen. Wir dürfen aber unseren Wählern nicht vortragen, daß diese Ziele in einer Koalitionsregierung erfüllt werden können. Es ist kein Zweifel, daß der Panzerkreuzer in der Wahlagituation im Mittelpunkt gestanden hat und, gemessen an dem Objekt, vielleicht zu hart.

Der Reichskanzler gab dann einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Frage des Baues des Panzerkreuzers und erklärte: Wir war nach den Verhandlungen, die wir im Laufe des Juli über die Regierungsbildung geführt haben, klar geworden, daß der Panzerkreuzer gebaut würde. Der Kanzler erinnerte an den Reichstagsbeschluss für den Bau des Panzerkreuzers. Ich habe damals, so erklärte er, auf dringendes Verlangen der Fraktionsmehrheit mit der Fraktion gestimmt, obwohl es eigentlich gegen den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung ging. Der Reichskanzler kann in einer Frage von so großer politischer Bedeutung nicht gegen seine eigene Vorlage stimmen. Solche Experimente dürfen nicht so oft wiederholt werden. Es ist ganz unmöglich, nachdem die Abmachungen für die Große Koalition getroffen sind, davon abzugehen. Von Fraktions- oder Parteizugeständnis ist dabei nicht die Rede. Ich bin jederzeit bereit, die Konsequenzen zu ziehen, wenn es verlangt wird. Der Panzerkreuzer ist heute nicht mehr in der Größenordnung, daß man deshalb eine Krise heraufbeschwören könnte. (Zustimmung.) Auch mit Behauptungen über einen neudeutschen Imperialismus macht man sich nur lächerlich. Bei dem Panzerkreuzer handelt es sich doch schließlich nur um einen Kriegsbau. In den Jahren 1920 bis 1923 haben wir solche Kriegsbauten mehr als einmal als Sozialdemokraten bewilligt. Wie wirken nun die Dinge auf die Jugend? Die Jugend sieht wie wir auf dem Standpunkt: Nie wieder Krieg! Ein Krieg entsteht aber nicht von heute auf morgen. Einen Krieg zu verhindern, ist Aufgabe der Politik. (Zustimmung.) Vielleicht wäre der Weltkrieg nicht ausgebrochen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt worden wären: wenn der Reichstag des Internationalen Kongresses Jaurès nicht verhindert hätte, in die französische Regierung einzutreten, und wenn der Obrigkeitssinn nicht die deutsche Sozialdemokratie niedergeschlagen hätte. (Beifall.) Einen Krieg verhindern man nicht dadurch, daß man die bürgerlichen Regierungen allein regieren läßt, sondern man muß versuchen, einen möglichst starken Einfluss auf die Friedenspolitik zu erhalten. (Beifall, Beifall.)

Nach Schluß der Rede und der sich daran anschließenden Aussprache beschloß bekanntlich der Parteitag, entsprechend dem Antrage des Vorstandesmitglied Bogel, mit 256 gegen 188 Stimmen, über den Berliner Antrag, der die zweite Rate für den Panzerkreuzer ablehnt und für die Ministerfraktionsdisziplin verlangt, zur Tagesordnung überzugehen. Damit sind alle Anträge über den Panzerkreuzer und über die Zurückziehung der Minister erledigt. Weiter wurde bei den Abstimmungen beschlossen, eine Zentralkommission für Agrarpolitik einzurichten.

Annahme des neuen Wehrprogramms auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

Magdeburg. (Zusammenfassung) Der sozialdemokratische Parteitag hat den revidierten Entwurf des Wehrprogramms mit 244 gegen 147 Stimmen angenommen.